



1.1 Der Antragsteller ist Zuwendungsempfänger entsprechend der Förderrichtlinie als

- kommunale Gebietskörperschaft in Nds. einschl. deren Zweckverbände, Anstalten, Stiftungen und Unternehmen ohne private Mitinhaber
- privates Unternehmen, dessen Geschäftszweck auf den Erwerb, die Veräußerung oder die Verwaltung von Grundstücken gerichtet ist, soweit eine kommunale Mehrheitsbeteiligung vorliegt
- privates Unternehmen, soweit es Immobilien als Treuhänder für eine kommunale Gebietskörperschaft verwaltet

1.2 Der Antragsteller ist die untere Bodenschutzbehörde

ja  nein

Wenn nein, die Stellungnahme der unteren Bodenschutzbehörde ist beigelegt

ja  wird nachgereicht

Untere Bodenschutzbehörde ist: \_\_\_\_\_

Ansprechpartner ist: \_\_\_\_\_

2. Antragssumme, Finanzierung

- Ich erkläre, zum Vorsteuerabzug gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) **berechtigt** zu sein.

Bitte grundsätzlich nur Netto-Beträge angeben!

- Ich erkläre, zum Vorsteuerabzug gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) **nicht berechtigt** zu sein.

Bitte grundsätzlich nur Brutto-Beträge angeben!

2.1 Antragssumme

Ich beantrage die Gewährung einer Zuwendung zur Förderung einer Sanierungsmaßnahme nach § 7 Abs. 2 BBodSchG in Höhe von

Gesamtkosten der Maßnahme		Zuwendung	Höhe der Zuwendung	
Netto <input type="checkbox"/>	Brutto <input type="checkbox"/>	(bis zu 50%)	Netto <input type="checkbox"/>	Brutto <input type="checkbox"/>
_____ €		_____ %	_____ €	



### 3. Angaben zum Investitionsort

#### 3.1 Lage

Angaben zur Lage

EVA-Nr.

Rechtswert (UTM)  
(8-stellig)

Hochwert (UTM)  
(7-stellig)

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
Falls EVA-Nr. nicht bekannt, bitte Straße/Nr./PLZ/Ort bzw. Gemeinde/Gemarkung/Flur-Nr./Flurstück angeben.  
\_\_\_\_\_

#### 3.2 Größe der Fläche

\_\_\_\_\_ m<sup>2</sup>

#### 3.3 Wurde auf dem Gelände in den vergangenen 10 Jahren eine nach dem BImSchG genehmigungsbedürftige Anlage betrieben?

ja  nein

#### 3.4 Wurde die Altlast ins Altlastenkataster aufgenommen?

ja  nein

#### 3.5 Schadstoffbelastung

##### 3.5.1 Liegt eine Gefährdungsabschätzung entsprechend § 9 BBodSchG vor?

ja  nein

wenn ja bitte erläutern

gesonderte Anlage

##### 3.5.2 Wurden bisher Sanierungsuntersuchungen und/oder Sanierungsmaßnahmen durchgeführt?

ja  nein

wenn ja bitte erläutern

gesonderte Anlage

3.5.3 Ist die Maßnahme erforderlich um eine Verunreinigung von Gewässern (einschließlich des Grundwassers) zu verhindern, erheblich zu vermindern bzw. zu beseitigen?

ja  nein

Wenn ja, ist eine detaillierte Begründung erforderlich.

*Bitte erläutern Sie in einer gesonderten Anlage das Gefährdungspotenzial der Fläche (mit Angaben zu Schadstoffinventar, Gefährlichkeit der Schadstoffbelastung und Ausmaß der Gewässergefährdung) und die Art der geplanten Sanierungsmaßnahme.*

wird nachgereicht

### 3.6 Wertsteigerung

3.6.1 Welche Nutzung soll zukünftig zulässig und möglich sein?

\_\_\_\_\_

3.6.2 Welchen Wert besitzt die sanierete Fläche (tatsächlich sanierte Teilfläche des Grundstückes) mit der dann bestehenden Nutzungsmöglichkeit (ohne innere Erschließung)?

Fläche	Preis	Gesamtwert nach Sanierung
_____ m <sup>2</sup>	_____ €/m <sup>2</sup>	_____ €

3.6.3 Kommt ein merkantiler Minderwert in Betracht?

Minderwert	reduzierter Preis	reduzierter Gesamtwert nach Sanierung
_____ %	_____ €/m <sup>2</sup>	_____ €

## 4. Eigentumsverhältnisse und Verpflichtung

4.1 aktueller Eigentümer

\_\_\_\_\_

4.2 Zeitpunkt des Eigentumserwerbs

\_\_\_\_\_

4.3 Name des Voreigentümers (auch bei Herrenlosigkeit)

\_\_\_\_\_

4.4 Ist Erwerb des Grundstücks beabsichtigt?

ja  nein

Wenn ja, bitte erläutern

gesonderte Anlage

---

4.5 Kaufpreis beim Erwerb durch Zuwendungsempfänger

\_\_\_\_\_ €

Begründung warum der Voreigentümer keinen unangemessenen Vorteil erlangt:

gesonderte Anlage

---

4.6 Wer ist (Mit-)Verursacher der schädlichen Bodenveränderung oder Altlast?

\_\_\_\_\_

4.7 Gibt es einen Gesamtrechtsnachfolger des Verursachers?

ja  nein

Wenn ja, bitte benennen

\_\_\_\_\_

4.8 Besteht eine Verpflichtung des Antragstellers oder eines Dritten zur Durchführung des Vorhabens auf Grund einer Rechtsvorschrift, einer Auflage oder einer vollziehbaren Anordnung (ausgenommen: Pflicht des Antragstellers als Eigentümer nach § 4 BBodSchG)?

ja  nein

Wenn ja, bitte erläutern

gesonderte Anlage

---

Ist die Verpflichtung durchsetzbar?

ja  nein

Wenn nein, bitte erläutern

\_\_\_\_\_

4.9 Soll das Vorhaben aufgrund einer Verpflichtung der unteren Bodenschutzbehörde zur Durchführung der Maßnahme aufgrund dringenden Handlungsbedarfs durchgeführt werden?

ja  nein

wenn ja, bitte das Vorliegen eines „unabweisbaren Einzelfalls“ ausführlich begründen

gesonderte Anlage

---

## 5. Angaben zum Vorhaben

**Die vorgesehene Maßnahme sowie die damit verbundenen Ziele sind in einer gesonderten Anlage zum Antrag darzustellen, Lagepläne sind beizufügen.**

5.1 Eine Erläuterung der vorgesehenen Maßnahme ist beigefügt

ja  wird nachgereicht

5.2 Lagepläne sind beigefügt

ja  werden nachgereicht

5.3 zeitliche Durchführung

5.3.1 Wurde mit dem Vorhaben bereits begonnen?

(Maßnahmenbeginn bedeutet Auftragsvergabe, s. Pkt. 7.3 des Antragsformulars)

ja  nein

5.3.2 geplanter Maßnahmenbeginn

geplantes Maßnahmenende

\_\_\_\_\_  
(Quartal/Jahr)

\_\_\_\_\_  
(Quartal/Jahr)

5.3.3 Ein Zeit-/Ablaufplan (Bauzeitenplan) ist dem Antrag beigefügt

ja  wird nachgereicht

## 6. Zusätzlichkeit

Ist die Gesamtfinanzierung des Vorhabens **auch ohne Fördermittel** durch eine getroffene Entscheidung gesichert?

ja  nein

Hinweis: Eine Zuwendung darf nur gewährt werden, wenn das Projekt ohne die Zuwendung nicht oder nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden kann (Subsidiaritätsprinzip).  
Eine Ausnahme hiervon gilt nur in Fällen der Nummer 4.6 Abs. 4 der Förderrichtlinie.

## 7. Erklärungen Antragsteller

- 7.1 Die Fördermittel werden ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahme verwandt.
- 7.2 Zur Durchführung der Maßnahme wird ein Sachverständiger beauftragt, der die Anerkennung für eines der Sachgebiete 1 – 4 nach § 18 BBodSchG besitzt.
- 7.3 Mit dem Vorhaben wird nicht vor Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns oder Bewilligung durch das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim begonnen.  
Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (Auftragsvergabe) zu werten.
- 7.4 Mir ist bekannt, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen das Land Niedersachsen den Namen des Empfängers der Zuwendung sowie die Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlichen kann.
- 7.5 Mir ist bekannt, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst, gespeichert und verarbeitet werden.

### Hinweis:

**Die Bewilligungsstelle kann weitere Unterlagen nachfordern, soweit dies für die Beurteilung der Maßnahme erforderlich ist.**

Ort/Datum

Unterschrift

Stempel

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_